



Bereich Informationstechnik und zentrale Dienste
Az: 18
Datum: 21.02.2008

2008/078
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	11.03.2008	

Betreff

E-government bei der Stadt Castrop-Rauxel - Jahresbericht 2008

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Beisenherz

Sachverhalt

Der Begriff e-government lässt sich im weitesten Sinne mit elektronischen Behördendiensten umschreiben. Es geht dabei um die elektronische Abwicklung von Informations- und Kommunikationsprozessen der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Unternehmen sowie mit anderen Behörden oder Einrichtungen. Der Begriff umfasst darüber hinaus auch die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnik zur Organisation und Abwicklung verwaltungsinterner Abläufe und Prozesse.

Mit den elektronischen Behördendiensten sollen Vorgänge und Arbeitsabläufe in der Verwaltung standardisiert, vereinfacht und beschleunigt werden. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft von bürokratischem Aufwand zu entlasten sowie Zeit und Kosten zu sparen. Dienstleistungen der Verwaltung sollen z.B. über das Internet unabhängig von Öffnungszeiten und im Prinzip von jedem Ort aus zugänglich sein.

e-government leistet einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung und ist ein wichtiges, zukunftsorientiertes Themenfeld.

e-government bei der Stadt Castrop-Rauxel

Die Stadt Castrop-Rauxel beteiligt sich seit Jahren aktiv an dem Gesamtentwicklungsprozess.

Dies dokumentiert sich u.a. über die städtische Internetseite. Hier sind neben vielfältigen Informationen über Produkte und Leistungen auch eine Reihe von elektronischen Dienstleistungen verfügbar, z.B.

- | | |
|--|--|
| § Politik-online: Rats-Informationssystem | § Virtuelles Fundbüro |
| § Formularangebote im Bürgerservice | § VHS_online – Kurse suchen und buchen |
| § Auskünfte aus dem Einwohnermelderegister | § Medienrecherche in der Stadtbibliothek |
| § Urkundenbestellung im Standesamt | § Gewerbliche Bauvorhaben – Checklisten und Formulare |
| § Elektronische Bezahlungsfunktionen für gebührenpflichtige Leistungen | § Abo-Service städtisches Amtsblatt |
| § Gewerbestelle – Anmeldungen etc. | § Online-Wahlschein-/Briefwahlanträge (bei anstehenden Wahlen) |
| § Auskünfte aus dem Gewerbeverzeichnis | |

Neben diesen örtlichen Ansätzen, ergeben sich Entwicklungen im Sinne von e-government auch durch Änderungen von bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften. Beispielhaft zu nennen ist die Einführung der elektronischen Abwicklung von Rückmeldungen zwischen den Meldebehörden.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein weiterer Ansatz auf dem Themenfeld e-government. Die Mitglieder des Zweckverbandes GKD Recklinghausen haben hierzu eine gemeinsame Vorgehensweise vereinbart. Angestrebt wird die gemeinschaftliche Planung, Finanzierung und Umsetzung von Entwicklungsprojekten.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

Als Gemeinschaftsprojekt innerhalb des Zweckverbandes, ist die Auswahl eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) als Basissystem für die Weiterentwicklung von e-government vorgesehen. Es ermöglicht die Verwaltung von herkömmlichen Papierdokumenten und elektronischen Dokumenten in einheitlicher Form. Informationen können miteinander verknüpft und ohne Medienbrüche weiterverarbeitet werden.

Im Bereich des Vergabewesens wird eine Optimierung und Standardisierung der verwaltungsinternen Vergabe-(Geschäfts-)prozesse angestrebt. Damit verbunden werden soll die Nutzung von Internet-Vergabeplattformen, die jetzt ebenfalls über ein Gemeinschaftsprojekt im Zweckverband zur Verfügung stehen.

Die technischen Grundlagen zur Aufbereitung und Präsentation von Geodaten im Intranet/Internet sind geschaffen. Erste Anwendungsbereiche sind umgesetzt. Die unternehmensweite und fachübergreifende Bereitstellung und Nutzung von Geoinformationen soll forciert werden.

Aus der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie sind nicht unerhebliche verwaltungsorganisatorische und informationstechnische Anforderungen zu erwarten. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die in der Richtlinie vorgesehene elektronische Verfahrensabwicklung. Konkrete rechtliche Regelungen stehen derzeit noch aus.

Barrierefreie Internetpräsenz www.castrop-rauxel.de

Entsprechend der Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW, müssen Kommunen ihre online-Angebote bis Ende 2008 barrierefrei gestalten.

Vor diesem Hintergrund war eine komplette Neufassung der Internetpräsenz notwendig.

Damit verbunden wurde eine Überarbeitung der inhaltlichen Strukturen, eine Erweiterung des Informationsangebotes sowie die Integration erweiterter Funktionalitäten im Hinblick auf Suchfunktionen und die Einbindung von Geodaten.

Die Neufassung von www.castrop-rauxel.de ist Ende Januar 2008 online gegangen.



Weitere Informationstechnik-Projekte

Im Aufgabenbereich Informationstechnik liegen die weiteren Arbeitsschwerpunkte 2008 in der verfahrenstechnischen Betreuung des NKF-Projektes, in der Fortsetzung der Modernisierung des Datennetzes im Rathaus sowie in den ersten Vorbereitungen im Hinblick auf die IT-Unterstützung für die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen.